

Stellungnahme von Lehrerinnen und Lehrern zu den Protesten gegen die drohende Klimakatastrophe - #Teachers for Future

Die Anliegen der demonstrierenden Schülerinnen und Schüler, der jungen Menschen sind berechtigt.

Seit dem 14. Dezember 2018 (Berlin) demonstrieren regelmäßig viele junge Menschen freitags für den Schutz unseres Klimas und den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Zuletzt beim inzwischen 3. Klimastreik am 20.09.2019 mit über 1,4 Millionen Menschen in Deutschland; ca. 30 000 waren es in unserer Stadt. 560 Organisationen, Gruppen, Vereine, Verbände und Firmen hatten sich in dem breiten klimaaktionsbuendnis-freiburg.de zusammengeschlossen, um **Fridays for Future** zu unterstützen (mit dabei auch unser SC Freiburg!).

Als Lehrerinnen und Lehrer kennen wir die Sorgen unserer Schülerinnen und Schüler mit am besten. Die Klimakrise ist eine reale Bedrohung für die menschliche Zivilisation. Deshalb können wir unsere Klassen nicht weiterhin nur auf das spätere (Berufs-) Leben vorbereiten, ohne die drohende Klimakatastrophe im Blick zu haben. „Warum lernen, wenn wir keine Zukunft haben?“, schreiben sie auf ihre Transparente - und sie haben Recht damit!

Unsere Schulen in Baden-Württemberg haben als Ziel mündige BürgerInnen in ihren Leitbildern verankert. Sie betonen damit den zentralen Erziehungs- und Bildungsauftrag der Schule: Dieser bestimmt sich „insbesondere daraus, dass jeder junge Mensch...zur Wahrnehmung von Verantwortung, Rechten und Pflichten in Staat und Gesellschaft...vorbereitet werden muss.“ (§1Schulgesetz BW). Will **Erziehung zur Mündigkeit** aber keine Worthülse in Sonntagsreden sein, so ist sie auch Erziehung zum Widerspruch und zum Widerstand.

Die jungen demonstrierenden Menschen sind sich ihrer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft, unseren natürlichen Lebensgrundlagen und der Zukunft bewusst. Es kann nicht sein, dass sie für ihr Engagement formaljuristisch („Schule schwänzen“) immer wieder kritisiert werden, während PolitikerInnen ihre Hausaufgaben nicht machen (deren Eid: Schaden vom Volk abzuwenden!).

Dabei stehen Bundes- und Landesregierung in doppelter Weise in der Pflicht: Nach dem **Grundgesetz** hat der Staat „auch in **Verantwortung für die künftigen Generationen** die natürlichen Lebensgrundlagen“ zu schützen (Art.20a/LVArt.3a); und nach dem Pariser Klimaschutzabkommen von 2015 (UN FCCC2015) verpflichtet sich die Bundesrepublik **völkerrechtlich verbindlich**, die **globale Erwärmung deutlich unter 2° C** zu halten. Darüber hinaus haben alle 197 Länder Anstrengungen versprochen, **die Erderwärmung auf 1,5° C** über dem vorindustriellen Niveau (Zeit um 1850) **zu begrenzen**.

Inzwischen haben über 26 800 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler den jungen Menschen bescheinigt, dass ihre Anliegen berechtigt und gut begründet

sind. „Die derzeitigen Maßnahmen zum Klima-, Arten-, Wald-, Meeres- und Bodenschutz reichen bei weitem nicht aus“, schreiben sie in ihrer Stellungnahme vom 12. März 2019 (scientists4future.org). Wir **Teachers for Future Freiburg** unterstützen deren Ausführungen in vollem Umfang:

„Die jungen Menschen fordern zu Recht, dass sich unsere Gesellschaft ohne weiteres Zögern auf Nachhaltigkeit ausrichtet. Ohne tiefgreifenden und konsequenten Wandel ist ihre Zukunft in Gefahr. Dieser Wandel bedeutet unter anderem: Wir führen mit neuem Mut und mit der notwendigen Geschwindigkeit erneuerbare Energiequellen ein. Wir setzen Energiesparmaßnahmen konsequent um. Und wir verändern unsere Ernährungs-, Mobilitäts- und Konsummuster grundlegend.“

Dabei ist uns wichtig zu betonen, dass bei allen Veränderungen, die wir alle im Kleinen umsetzen können, letztlich aber die Politik in der Verantwortung steht, zeitnah die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Denn wenn wir als Lehrkräfte auch noch so viele ökologische Schulgärten einrichten, noch so viele ideenreiche Unterrichtsprojekte zur Nachhaltigkeit durchführen und noch so viele Maßnahmen an unseren Schulen zum Energiesparen initiieren, die wirkliche **Transformation von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft** wird nur gelingen, wenn wir die jungen Menschen auch aktiv unterstützen. Das „Klimapaket“ zeigt, dass der Druck des zivilgesellschaftlichen Engagements weiterhin nötig ist! („Demokratie stärken, Zivilgesellschaft fördern“ – Das Motto der bpb!)

Denn sind es nicht **unsere Generationen**, die jahrzehntelang viel zu passiv waren!? Neben den regierenden Parteien müssen auch wir uns unseren Versäumnissen und unserer Verantwortung stellen. Die Bedrohung durch den Klimawandel kam weder in den politischen und medialen Eliten noch in der Breite der Bevölkerung an. Es musste erst ein Mädchen aus Schweden mit einem Pappschild vor dem Parlament sitzen und so die Initialzündung für die nun weltweite Protestbewegung „Fridays for Future“ geben!

Die Bewältigung der **Klimakrise** erscheint als die **Hauptaufgabe des 21. Jahrhunderts**. Auch wir Lehrerinnen und Lehrer haben den Ernst der Lage verstanden und sind davon überzeugt, dass auch die **Institution Schule neu gedacht** werden muss. Sollten wir nicht stolz sein auf unsere Schülerinnen und Schüler, die sich gezwungen sehen, einzugreifen und sich engagieren für eine lebenswerte Zukunft für derzeit lebende und kommende Generationen?

Ein großer Vordenker unserer Republik hat einmal von Situationen gesprochen, in denen Regelverletzungen gerechtfertigt werden könnten in Form von **zivilem Ungehorsam**. In einer solchen Situation befindet sich heute die Menschheit!

Wir haben große Achtung davor, dass sich junge Menschen durch Fridays for Future friedlich einen Weg erkämpfen, gehört zu werden. **Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, endlich eine Politik zu betreiben, mit der die Verpflichtungen des Pariser Klimaschutzabkommens umgesetzt werden!**